

Universität Leipzig

Wahlordnung der Universität Leipzig (WahO UL)

Vom 3. Februar 2025

Aufgrund von §§ 52 und 14 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen – SächsHSG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83), erlässt das Rektorat im Einvernehmen mit dem Senat folgende Wahlordnung.

Inhaltsverzeichnis:

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlgrundsätze
- § 3 Wahlberechtigung, Wählbarkeit und Ausübung des Wahlrechts
- § 4 Wahlkreise
- § 5 Wahlgorgane, Zusammensetzung und Aufgaben
- § 6 Wählerverzeichnisse
- § 7 Wahlausschreibung
- § 8 Amtszeiten und Wahlperioden
- § 9 Wahlvorschläge
- § 10 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 11 Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen
- § 12 Stimmabgabe bei der Urnenwahl
- § 12a Stimmabgabe bei der Elektronischen Wahl
- § 12b Beginn und Ende der Elektronischen Wahl
- § 12c Störungen der Elektronischen Wahl
- § 12d Technische Anforderungen
- § 13 Briefwahl
- § 14 Auszählung

- § 15 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 15a Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei der Elektronischen Wahl
- § 16 Wahlniederschriften, Aufbewahrung von Wahlunterlagen
- § 17 Annahme der Wahl; Mitwirkung der Gewählten
- § 18 Nachrückverfahren; Ergänzungswahlen
- § 19 Wahlprüfung
- § 19a Absage der Wahl; Nachwahl

Zweiter Teil: Unmittelbare Wahlen

- § 20 Wählerverzeichnis
- § 21 Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe
- § 21a Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrates
- § 22 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Senates
- § 23 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Erweiterten Senates
- § 24 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretungen an den Fakultäten und für den Zentralen Bereich
- § 25 Wahl der Mitglieder des Promovierenden Rates

Dritter Teil: Mittelbare Wahlen

- § 26 Wahlvorstände
- § 27 Wahltermine
- § 28 Wahlbekanntmachung
- § 29 Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen
- § 30 Wahl der Dekaninnen und Dekane, Prodekaninnen und Prodekane, des weiteren Mitgliedes des Dekanates und der Studiendekaninnen und Studiendekane
- § 31 Wahl der Rektorin oder des Rektors und der Prorektorinnen oder Prorektoren
- § 32 Wahl der oder des Gleichstellungsbeauftragten der Universität und der Stellvertretungen
- § 33 Wahl der Beauftragten der Universität und ihrer Stellvertretungen (§ 22 Abs. 1 GO UL)
- § 34 Wahl der oder des Beauftragten für studentische Angelegenheiten (§ 23 GO UL)
- § 35 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 36 Nachrückverfahren

Vierter Teil: Schlussbestimmungen

§ 37 Fristen

§ 38 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für die unmittelbaren Wahlen

1. der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen nach § 51 Abs. 1 SächsHSG in den Fakultätsräten (§ 93 Abs. 4 SächsHSG),
2. der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat (§ 85 Abs. 2 SächsHSG),
3. der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Erweiterten Senat, die nicht stimmberechtigte Mitglieder des Senats sind (§ 86 Abs. 1 SächsHSG),
4. der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretungen an den Fakultäten und für den Zentralen Bereich (§ 56 Abs. 1 SächsHSG),
5. der Mitglieder des PromovierendenRates (§§ 41 Abs. 10 SächsHSG, 6 Abs. 2 GO UL)

und die mittelbaren Wahlen

6. der Dekaninnen und Dekane, der Prodekaninnen und Prodekane und der Studiendekaninnen und Studiendekane (§§ 94 Abs. 2, 95 Abs. 2, 96 Abs. 1 SächsHSG),
7. der Rektorin oder des Rektors (§ 87 Abs. 9 bis 11 SächsHSG),
8. der Prorektorinnen und Prorektoren (§ 89 Abs. 1 SächsHSG),
9. der oder des Gleichstellungsbeauftragten der Universität und der Stellvertretungen (§ 56 Abs. 1 SächsHSG),
10. der Beauftragten der Universität und ihrer Stellvertretungen (§ 22 Abs. 1 Satz 1 GO UL),
11. der oder des Beauftragten für studentische Angelegenheiten (§ 23 Abs. 2 GO UL).

- (2) Neben den folgenden allgemeinen Bestimmungen gelten ergänzend für die Wahlen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 5 die Bestimmungen des Zweiten Teils und für die Wahlen nach Absatz 1 Nr. 6 bis 11 die Bestimmungen des Dritten Teils.

§ 2

Wahlgrundsätze

- (1) Die Wahlen sind frei, gleich und geheim.
- (2) Finden im gleichen Semester mehrere Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 statt, werden diese zeitgleich durchgeführt.
- (3) Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 4 finden nach Fakultäten getrennte Wahlgänge statt.
- (4) ¹Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 findet ein hochschulweiter Wahlgang statt; zugelassene Wahlvorschläge sind ohne Beschränkung auf die Wahlkreise (§ 4 Abs. 1) wählbar. ²Die Sitzvergabe erfolgt nach Maßgabe der hochschulweit auf die Wahlvorschläge entfallenen Stimmenzahlen.
- (5) Die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 werden in jeweils nach Mitgliedergruppen gemäß § 51 Abs. 1 SächsHSG getrennten Wahlgängen durchgeführt.
- (6) Sind durch Wahlorgane nach dieser Ordnung zufällige Reihungen, in der Regel durch Losentscheid, herbeizuführen, so wird durch das Verfahren hierfür gesichert, dass jedes Ereignis mit gleicher Wahrscheinlichkeit eintreten kann.
- (7) ¹Die Wahlen der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 und 5 werden beim Vorliegen von Listenvorschlägen in Form der personalisierten Verhältniswahl durchgeführt. ²Die Zuteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge der Gruppen erfolgt dabei nach dem Höchstzahlenverfahren nach Sainte-Laguë. ³Danach werden innerhalb der Wahlvorschläge die

Vorgeschlagenen nach der erreichten Stimmenzahl geordnet. ⁴Haben mehrere Vorgeschlagene in einem Wahlvorschlag die gleiche Stimmenzahl erhalten, so wird unter Aufsicht eines Mitgliedes des Wahlausschusses eine die Reihenfolge bestimmende zufällige Reihung herbeigeführt. ⁵Erhält ein Wahlvorschlag oder eine Vorgeschlagene oder ein Vorgeschlagener keine Stimme, so wird die vorgeschlagene Person bei der Sitzvergabe nicht berücksichtigt. ⁶Für jeden Wahlvorschlag wird die Summe der auf ihn entfallenen Stimmen nacheinander durch 1, 3, 5, 7 usw. geteilt. ⁷Auf diese Weise entsteht zu jedem Wahlvorschlag eine Folge fallender Teilungszahlen. ⁸Ein Sitz wird an die erste vorgeschlagene Person der Liste vergeben, zu der die größte Teilungszahl gehört; beim Vorhandensein mehrerer größter Teilungszahlen wird unter Aufsicht eines Mitgliedes des Wahlausschusses eine die Reihenfolge bestimmende zufällige Reihung herbeigeführt. ⁹Sind weitere Sitze zu vergeben, wird auf die verbleibende Liste und Teilzahlenfolge die Sitzvergabe erneut angewendet. ¹⁰Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen als Vorgeschlagene benannt sind, so fallen die restlichen Sitze den übrigen Wahlvorschlägen in der Reihenfolge der Höchstzahl zu. ¹¹Bei der Besetzung des Fakultätsrates der Medizinischen Fakultät erhält die vorgeschlagene Person nur dann einen Sitz, wenn danach § 106 Abs. 1 SächsHSG bei der Besetzung noch erfüllbar ist. ¹²Vorgeschlagene eines Listenwahlvorschlages, die keinen Sitz mehr erhalten haben, sind nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter und rücken für die Gewählten nach, wenn diese vorzeitig aus dem betreffenden Organ ausscheiden. ¹³Ist die Liste erschöpft oder umfasst ein Wahlvorschlag nur eine Person, rückt die vorgeschlagene Person nach, auf welche die größte Teilungszahl im Sinne des Satzes 7 entfällt, die aber noch keinen Sitz innehat. ¹⁴Sind keine Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter vorhanden und wurde deshalb eine Ergänzungswahl durchgeführt, gilt Satz 13 mit der Maßgabe, dass in der Ergänzungswahl als Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter ermittelte Bewerberinnen und Bewerber für in der turnusmäßigen Wahl und in der Ergänzungswahl Gewählte nachrücken.

- (8) ¹Beim Fehlen von Listenwahlvorschlägen, beim Vorliegen von nur einem Wahlvorschlag innerhalb eines Wahlganges sowie bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 sowie Nr. 6 bis 11 wird das Verfahren der Mehrheitswahl (Personenwahl) angewendet, soweit diese Ordnung nichts

anderes bestimmt. ²Bei der Personenwahl sind die Personen gewählt, die die höchste Stimmenzahl erhalten haben; die Nichtgewählten sind außer beim Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter. ³Absatz 7 Satz 14 gilt entsprechend. ⁴Bei Stimmengleichheit bei Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 bestimmt die unter Aufsicht eines Mitgliedes des Wahlausschusses herbeigeführte zufällige Reihung die Reihenfolge. ⁵Personen, auf die keine Stimmen entfallen sind, sind nicht Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter.

- (9) ¹Bei unmittelbaren Wahlen sind nach Erlass der Wahlausschreibung Änderungen nur aus besonders wichtigen Gründen und nur mit Zustimmung des Wahlausschusses möglich. ²Satz 1 gilt nicht für die Berichtigung offener Unrichtigkeiten.

- (10) ¹Gehören bei unmittelbaren Wahlen einer Mitgliedergruppe eines Wahlkreises nicht mehr Mitglieder an, als Vertreterinnen und Vertreter zu wählen sind, werden diese ohne Wahl Mitglieder des Organs, sofern sie hierzu der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eine schriftliche Einverständniserklärung vorlegen. ²Die Erklärung kann auch per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform eingereicht werden. ³Sie ist eigenhändig zu unterzeichnen.

- (11) ¹Die Auszählung der Stimmen und die Feststellung der Wahlergebnisse erfolgen bei unmittelbaren Wahlen hochschulöffentlich und bei mittelbaren Wahlen gremienöffentlich. ²Bei Elektronischen Wahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für alle Wahlberechtigten bis zum Ende der Amtsperiode reproduzierbar machen.

- (12) ¹Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 werden in der Regel als internetbasierte Online-Wahlen (Elektronische Wahlen) durchgeführt. ²Dies setzt voraus, dass bei Durchführung der Elektronischen Wahlen die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl sowie die in § 12a bis 12d genannten weiteren Anforderungen und Voraussetzungen erfüllt sind. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter überprüft jährlich die Einhaltung der in Satz 2 genannten Anforderungen und Voraussetzungen und veranlasst

erforderlichenfalls Änderungen im Benehmen mit dem Wahlausschuss.

⁴Die Überprüfung umfasst auch die Frage, ob die Anforderungen und Voraussetzungen weiterhin dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen.

- (13) ¹Der Wahlausschuss kann im Einvernehmen mit der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter festlegen, dass Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 in den Räumen der Universität als Urnenwahl durchgeführt werden. ²Kommt ein Einvernehmen im Falle des Satzes 1 nicht zustande, entscheidet der Senat im Einvernehmen mit dem Rektorat durch Änderungssatzung zu dieser Wahlordnung über den Modus der Wahldurchführung. ³Die Festlegung nach Satz 2 ist auf das Semester der Wahldurchführung zu beschränken.

- (14) Die Stimmabgabe ist für die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 auch in Form der Briefwahl zulässig, wenn diese als Urnenwahl durchgeführt wird.

- (15) ¹Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 und nach § 5 Abs. 5 Satz 4 finden grundsätzlich als Urnenwahl statt. ²Das für die Wahl zuständige Organ kann im Einvernehmen mit der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter beschließen, dass diese Wahlen stattdessen ausschließlich im Wege der Briefwahl oder ausschließlich als Elektronische Wahl durchgeführt werden.

- (16) ¹Im Falle einer Briefwahl nach Absatz 15 werden den Wahlberechtigten von Amts wegen Briefwahlunterlagen zugesandt, wenn sie an der Wahlsitzung des jeweiligen Gremiums teilgenommen haben. ²§ 13 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter, bei Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 die Sitzungsleitung, setzt eine angemessene Frist fest, innerhalb derer die Wahlbriefe bei ihr oder ihm eingegangen sein müssen. ⁴§ 13 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend.

- (17) ¹Bei Elektronischen Wahlen nach Absatz 15 legt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter, bei Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 die Sitzungsleitung, die Wahlfrist fest. ²§§ 12a bis 12d gelten sinngemäß.

§ 3

Wahlberechtigung, Wählbarkeit und Ausübung des Wahlrechts

- (1) Wahlberechtigt sind die Mitglieder der Universität gemäß § 51 Abs. 1 und 4 SächsHSG sowie für die Wahl des Promovierenden Rates die Mitglieder der Promovierendenschaft gemäß § 41 Abs. 10 Satz 1 SächsHSG und § 6 Abs. 1 GO UL.
- (2) Das aktive und passive Wahlrecht können bei unmittelbaren Wahlen nur Wahlberechtigte ausüben, die zum Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses in diesem gemäß ihrer Zugehörigkeit zur betreffenden Fakultät bzw. zum Zentralen Bereich in der zutreffenden Gruppe eingetragen sind.
- (3) Das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 wird im Dritten Teil dieser Ordnung näher geregelt.
- (4) ¹Mitglieder der Universität, die mehr als einer Mitgliedergruppe oder mehr als einem Wahlkreis angehören, geben bis zur Schließung des Wählerverzeichnisses schriftlich, per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform eine Erklärung darüber ab, in welcher Gruppe oder in welchem Wahlkreis sie ihr Wahlrecht ausüben. ²Als Erklärung nach Satz 1 gilt auch die Einverständniserklärung zur Kandidatur (§ 9 Abs. 5). ³Im Übrigen bestimmt sich die Wahlberechtigung
 1. vorrangig nach der Reihenfolge der Gruppen in § 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 SächsHSG und
 2. nachrangig nach der Reihenfolge der Fakultäten in der Fußnote zu § 2 Abs. 2 GO UL.

⁴Besteht das Wahlrecht in einer Fakultät und im Zentralen Bereich, wird das Wahlrecht bei Fehlen einer Erklärung in der Fakultät ausgeübt. ⁵Bei Studierenden der Studiengänge Lehramt an Gymnasien und Lehramt an Oberschulen erfolgt die Zuordnung bei Fehlen einer Erklärung zu den Wahlkreisen entsprechend der Zuordnung des Faches, dessen anbietende Fakultät in der Reihenfolge gemäß Fußnote zu § 2 Abs. 2 GO UL zuerst genannt ist. ⁶Bei Studierenden des Lehramts an Grundschulen und des

Lehramts Sonderpädagogik erfolgt die Zuordnung immer zur Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, bei Studierenden des Lehramts an berufsbildenden Schulen erfolgt die Zuordnung immer nach Maßgabe der beruflichen Fachrichtung.

- (5) Mit dem Verlust des aktiven Wahlrechts entfällt auch das entsprechende passive Wahlrecht, und die betreffende Person scheidet aus der entsprechenden Funktion in der Selbstverwaltung aus.
- (6) ¹Das Wahlrecht kann nur persönlich wahrgenommen werden; es ist nicht übertragbar. ²Wahlberechtigte, die wegen körperlicher Beeinträchtigungen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

§ 4 Wahlkreise

- (1) ¹Wahlkreise an der Universität sind die zum Zeitpunkt der Wahlauschreibung existierenden Fakultäten und der Bereich, dem Mitglieder der Universität angehören, die nicht Mitglied einer Fakultät sind (Zentraler Bereich). ²Mitglieder der Promovierendenschaft sind dem Wahlkreis der Fakultät zugeordnet, in deren Doktorandenliste sie eingetragen sind.
- (2) ¹Werden Wahlen als Urnenwahl durchgeführt, können aus wahlorganisatorischen Gründen Wahlkreise geteilt oder einem Wahlkreis mehrere Wahllokale zugeordnet werden. ²Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 kann aus wahlorganisatorischen Gründen eine Zusammenlegung von Wahlkreisen erfolgen.

§ 5 Wahlorgane, Zusammensetzung und Aufgaben

- (1) Wahlorgane sind
 - 1. die Wahlleiterin oder der Wahlleiter,
 - 2. der Wahlausschuss und
 - 3. die Wahlvorstände.

- (2) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter richtet ein Wahlamt ein, welches in deren oder dessen Auftrag die Wahlen organisiert. ²Das Wahlamt unterstützt zudem den Wahlausschuss bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben.
- (3) ¹Wahlleiterin oder Wahlleiter ist die Leiterin oder der Leiter der Universitätsverwaltung (Kanzlerin oder Kanzler). ²Erste Stellvertretung ist die Dezernentin oder der Dezernent des Dezernates Akademische Verwaltung. ³Zweite Stellvertretung ist die Leiterin oder der Leiter des Sachgebietes Akademische Angelegenheiten.
- (4) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Auszählung der Stimmen verantwortlich. ²Sie oder er sorgt insbesondere für die Erstellung des Wählerverzeichnisses, die Veröffentlichung der Wahlausschreibung, die Herstellung der Stimmzettel sowie ggf. für Wahlurnen und sonstige Wahleinrichtungen. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter gibt die Wahlausschreibung und die weiteren für die Durchführung der Wahl erforderlichen Angaben und Termine in der Universität bekannt. ⁴Sie oder er führt Beschlüsse des Wahlausschusses aus.
- (5) ¹Der acht Mitglieder umfassende Wahlausschuss ist paritätisch mit Mitgliedern der in § 51 Abs. 1 Satz 1 SächsHSG genannten Gruppen besetzt. ²Der Wahlausschuss ist auch dann ordnungsgemäß zusammengesetzt, wenn für eine der Gruppen keine oder nur weniger Mitglieder bestellt werden. ³Die Bestellung der Mitglieder und einer gleichen Anzahl Ersatzmitglieder erfolgt durch die Rektorin oder den Rektor auf Beschluss des Senats nach Vorschlägen des Rektorats, der Fakultätsräte und des Student*innenRates. ⁴Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat wählen die Mitglieder des Wahlausschusses nach Gruppen getrennt. ⁵§ 12 Abs. 4 Satz 1 bis 3 findet entsprechende Anwendung. ⁶Gewählt sind die nach ihrem Stimmergebnis erst- und zweitplatzierten Vorgeschlagenen; die Dritt- und Viertplatzierten sind Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter. ⁷Weitere Vorgeschlagene sind nicht gewählt. ⁸Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter gibt die Zusammensetzung des Wahlausschusses in geeigneter Weise bekannt. ⁹Die Amtszeit beträgt für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, akademische

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Technik drei Jahre und für Studierende ein Jahr.

¹⁰Wiederbestellung ist möglich.

- (6) ¹Der Wahlausschuss nimmt die ihm durch die Wahlordnung der Universität übertragenen Aufgaben wahr. ²Er beschließt auf Ersuchen der Wahlleiterin oder des Wahlleiters über die Regelung von Einzelheiten der Wahlvorbereitung und der Wahldurchführung, insbesondere über den Wahltermin oder die Wahlfrist. ³Ihm obliegt die Beschlussfassung über die Zulässigkeit der eingereichten Wahlvorschläge für unmittelbare Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5.

- (7) ¹Der Wahlausschuss wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertretung. ²Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. ³Die erste Sitzung des Wahlausschusses wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter einberufen und von dieser oder diesem bis zur Wahl einer oder eines Vorsitzenden geleitet.

- (8) ¹Der Wahlausschuss wird gemäß Absatz 6 von seiner oder seinem Vorsitzenden einberufen. ²Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. ³Ist der Wahlausschuss danach nicht beschlussfähig, wird unter angemessener Ladungsfrist eine neue Sitzung mit demselben Gegenstand einberufen. ⁴In dieser Sitzung ist der Wahlausschuss beschlussfähig; hierauf ist mit der Einberufung hinzuweisen. ⁵Der Wahlausschuss beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden. ⁶Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter nimmt an den Sitzungen des Wahlausschusses mit beratender Stimme teil. ⁷Ist der Wahlausschuss beschlussfähig und fehlen sowohl die oder der Vorsitzende als auch die Stellvertretung, wird von den anwesenden Mitgliedern des Wahlausschusses eine Sitzungsleitung mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden gewählt. ⁸In unaufschiebbaren Angelegenheiten, die eine Einberufung des Wahlausschusses nicht zulassen, entscheidet die Wahlleiterin oder der Wahlleiter anstelle des Wahlausschusses. ⁹Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Wahlausschuss unverzüglich mitzuteilen.

- (9) Die Wahlorgane sollen mit ihren Entscheidungen zur Regelung des Wahlverfahrens und zur Bestimmung des Zeitpunktes der Wahl die

Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung ermöglichen.

- (10) ¹Die Wahlorgane können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen heranziehen (Wahlhelferinnen und Wahlhelfer). ²Die Mitglieder der Universität sind zur Übernahme von Wahlhelferaufgaben verpflichtet. ³Insbesondere wird für die Durchführung der Abstimmung bei einer Wahl bzw. für ein Wahllokal durch die Wahlleiterin oder den Wahlleiter ein Wahlvorstand bestellt. ⁴Mitglieder des Wahlausschusses können nicht gleichzeitig Aufgaben in einem Wahlvorstand wahrnehmen. ⁵Werden Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 als Elektronische Wahlen durchgeführt, wird hierfür ein Wahlvorstand bestellt, der aus Vertreterinnen und Vertretern aller Mitgliedergruppen besteht.
- (11) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter, die Mitglieder des Wahlausschusses, die Wahlvorstände und die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. ²Sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (12) Die amtliche Aushangstelle der Universität wird vom Rektorat bestimmt und hochschulöffentlich bekannt gegeben.

§ 6

Wählerverzeichnisse

- (1) ¹Die Zentrale Verwaltung der Universität erstellt für die unmittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 Wählerverzeichnisse. ²Das Wählerverzeichnis für die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 gliedert sich in der Regel in vier Mitgliedergruppen, die nach Wahlkreisen und Wahllokalen untergliedert sind. ³Das Wählerverzeichnis für die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 ist nur nach Wahlkreisen und Wahllokalen untergliedert. ⁴Das Wählerverzeichnis kann für mehrere gleichzeitig stattfindende Wahlen gemeinsam geführt werden.
- (2) ¹Die Zentrale Verwaltung der Universität berichtigt die Wählerverzeichnisse bis zur Schließung. ²Die Wählerverzeichnisse können auch in Form elektronisch lesbarer Dateien geführt werden.

- (3) ¹Am 28. Tag vor dem ersten Wahltag werden die Wählerverzeichnisse in ihren Teilen von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter nach Prüfung unter Angabe des Datums geschlossen. ²Die Wählerverzeichnisse liegen mindestens fünf Arbeitstage vor der Schließung im Wahlamt zur Einsicht aus. ³Die Auslegung der den Wahlkreisen zugeordneten Teilwählerverzeichnisse kann zudem bei den jeweiligen Einrichtungen erfolgen, deren Beschäftigte, Promovierende oder Studierende in dem jeweiligen Wahlkreis wahlberechtigt sind. ⁴Soweit die technischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind, kann die Auslage der Wählerverzeichnisse in elektronischer Form vorgenommen werden.

- (4) ¹Gegen

1. die Nichteintragung in ein Wählerverzeichnis kann die oder der Betroffene,
2. die Eintragung einer nicht wahlberechtigten Person oder gegen eine falsche Eintragung in ein Wählerverzeichnis

kann jede wahlberechtigte Person schriftlich, per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform bis zur Schließung des Wählerverzeichnisses Erinnerung bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter einlegen. ²Als Erinnerung gilt auch die Einverständniserklärung zur Kandidatur (§ 9 Abs. 5). ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter trifft hierzu unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Arbeitstagen nach der Schließung des Wählerverzeichnisses eine Entscheidung. ⁴Im Fall des Satzes 1 Nr. 2 soll die betroffene Person vorher gehört werden. ⁵Zielt eine bis zum Ablauf der Frist nach § 9 Abs. 6 eingelegte Erinnerung auf eine Berichtigung der Zugehörigkeit zu einem Wahlkreis oder einer Mitgliedergruppe und hängt hiervon die Wählbarkeit einer vorgeschlagenen Person ab, trifft die Wahlleiterin oder der Wahlleiter eine Entscheidung, bevor der Wahlausschuss über die Zulassung des Wahlvorschlages oder die Streichung einer vorgeschlagenen Person gemäß § 10 Abs. 2 entscheidet.

- (5) Ist eine Erinnerung begründet, so berichtigt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter das Wählerverzeichnis.
- (6) ¹Eine Berichtigung ist von der Zentralen Verwaltung der Universität auch nach Schließung des Wählerverzeichnisses von Amts wegen vorzunehmen, soweit die Wahlberechtigung der betroffenen Person dadurch

nicht berührt wird. ²Diese Berichtigung wird in geeigneter Weise dokumentiert.

- (7) ¹Stellt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter auf Grund des Wählerverzeichnisses fest, dass einer Wählergruppe nicht mehr Mitglieder angehören als Vertreterinnen und Vertreter zu wählen sind, so legt sie oder er fest, dass für diese Wählergruppe eine Wahl unterbleibt und die wahlberechtigten Mitglieder ohne Wahl Mitglieder des betreffenden Gremiums sind. ²Diese Mitglieder sind hiervon zu verständigen. ³§ 2 Abs. 10 bleibt unberührt.
- (8) Für die mittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 werden keine Wählerverzeichnisse erstellt.

§ 7 Wahlausschreibung

- (1) ¹Bei unmittelbaren Wahlen erlässt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter frühzeitig, spätestens aber am 49. Tage vor dem ersten Wahltag die Wahlausschreibung. ²Sie gilt zum Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung an der amtlichen Aushangstelle im Sinne des Satzes 1 als erlassen. ³Zusätzlich soll die Wahlausschreibung auf den Internetseiten der Universität Leipzig veröffentlicht werden. ⁴An die Stelle eines Aushangs nach Satz 2 tritt die ausschließliche Bekanntmachung auf den Internetseiten der Universität Leipzig, wenn der Aushang nach Satz 2 nicht möglich ist. ⁵Die Wahlausschreibung gilt als Wahlbenachrichtigung.
- (2) Die Wahlausschreibung muss folgende Angaben enthalten:
1. Ort und Tag ihres Erlasses;
 2. die zu wählenden Organe;
 3. Hinweise zur Wahlberechtigung, insbesondere, dass Wahlberechtigte, die mehreren Mitgliedergruppen oder Wahlkreisen angehören, nur in einer bzw. einem wahlberechtigt sind;
 4. die Zahl der je Mitgliedergruppe zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter und deren Amtszeit, für den Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät zusätzlich den Hinweis auf die Strukturierung gemäß § 106 Abs. 1 SächsHSG;

5. Art und Weise, Zeitraum, ggf. Ort der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis;
 6. den Hinweis, dass die Ausübung des Wahlrechts von der Eintragung ins Wählerverzeichnis abhängt, den Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses sowie den Hinweis auf die Fristen nach § 6 Abs. 3 und 4;
 7. Aufforderung zum Einreichen von Wahlvorschlägen unter Angabe des Einreichungszeitraumes und den Hinweisen, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einen Wahlvorschlag aufgenommen ist;
 8. Ort und Zeitpunkt der Bekanntgabe der Wahlvorschläge;
 9. den Hinweis, ob die Wahl als Elektronische Wahl oder als Urnenwahl durchgeführt wird;
 10. im Falle einer Urnenwahl den Wahltag oder die Wahltage und die Zeit der Stimmabgabe sowie den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl und den Beantragungsweg;
 11. im Falle der Elektronischen Wahl Beginn und Ende der Wahlfrist (erster und letzter Zeitpunkt der möglichen Stimmabgabe);
 12. den Verweis auf das Auszählverfahren;
 13. Ort der Bekanntgabe des Wahlergebnisses;
 14. den Hinweis, dass die Wahlausschreibung zugleich die Wahlbenachrichtigung ist.
- (3) Im Falle der Urnenwahl gibt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter die Lage der Wahllokale und die Zuordnung der Wahlberechtigten hochschulöffentlich bekannt.

§ 8

Amtszeiten und Wahlperioden

- (1) ¹Die Mitglieder der Fakultätsräte, des Senates, des Erweiterten Senates, des Promovierenden Rates sowie die Rektorin oder der Rektor, die Prorektorinnen und Prorektoren, die Dekaninnen und Dekane, die Prodekaninnen und Prodekane, die Studiendekaninnen und Studiendekane und die Gleichstellungsbeauftragten werden für die in § 53 Abs. 1 SächsHSG in Verbindung mit den Bestimmungen der Grundordnung vorgesehene Dauer gewählt. ²Die Beauftragten der Universität im Sinne des § 22 Abs.

1 GO UL und die oder der Beauftragte für studentische Angelegenheiten werden für die in der Grundordnung vorgesehene Dauer gewählt.

- (2) Die Wahlperiode der Fakultätsräte, des Senats, des Erweiterten Senats und des Promovierenden Rates beginnt mit dem auf die Wahl folgenden Semester.
- (3) ¹Für die Amtszeit der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten gelten die Bestimmungen über die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten entsprechend. ²Satz 1 gilt entsprechend für die stellvertretenden Beauftragten im Sinne des § 22 Abs. 1 GO UL.

§ 9 Wahlvorschläge

- (1) ¹Vorschläge für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen (Wahlvorschläge) werden getrennt nach Gruppen und Organen bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eingereicht, soweit diese Ordnung nichts anderes bestimmt. ²Sie sind als ungebundene Listen- oder Einzelwahlvorschläge zulässig. Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 sowie Nr. 6 bis 11 sind nur Einzelwahlvorschläge zugelassen. ³Eine Trennung in Mitgliedergruppen findet bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 bis 10 nicht statt. ⁴Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen soll auf die angemessene Vertretung von Frauen und Männern geachtet werden.
- (2) ¹Wahlvorschläge sind schriftlich, per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform einzureichen. ²Aus den Wahlvorschlägen muss ersichtlich sein, welche Wahl nach § 1 Abs. 1 in welcher Untergliederung und Gruppe gemäß Wahlausschreibung sie betreffen. ³Ein Wahlvorschlag muss enthalten:
 - 1. den Familiennamen,
 - 2. den Vornamen,
 - 3. ggf. den Titel der vorgeschlagenen Person,
 - 4. in der Medizinischen Fakultät den Hinweis auf die Zugehörigkeit gemäß § 106 Abs. 1 SächsHSG,
 - 5. bei Studierenden Matrikelnummer und Studiengang,

- 6. die Fakultät und das Institut bzw. die Stelle, an der er/sie tätig ist und
- 7. die dienstliche oder studentische E-Mail-Adresse.

⁴Die Namen der Vorgeschlagenen sind in Druckschrift anzugeben und auf einem Listenwahlvorschlag mit fortlaufenden Nummern zu versehen. ⁵Ein Listenwahlvorschlag kann zur leichteren Unterscheidbarkeit mit einem Kennwort versehen werden. ⁶Weitere Angaben darf der Wahlvorschlag nicht enthalten. ⁷Falsche oder unleserliche Angaben gehen im Zweifel zu Lasten des jeweiligen Wahlvorschlages oder der vorgeschlagenen Personen. ⁸Sie können insbesondere zur Streichung von Personen auf dem Wahlvorschlag oder zur Zurückweisung von Wahlvorschlägen führen.

- (3) ¹Aus dem Wahlvorschlag soll ersichtlich sein, wer zur Vertretung des Vorschlags gegenüber den Wahlorganen und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen der Wahlorgane berechtigt und wer die Vertreterin oder der Vertreter dieser Person ist. ²Fehlt diese Angabe, so gilt die erstgenannte vorgeschlagene Person als berechtigt und die Zweitgenannte als die Vertretung. ³Die zur Vertretung des Vorschlags berechtigten Personen geben auf dem Wahlvorschlag eine Telefonnummer und eine dienstliche oder studentische E-Mail-Adresse an, unter denen eine Entgegennahme von Entscheidungen der Wahlorgane jederzeit möglich ist. ⁴Die Vorgeschlagenen stellen sicher, dass sie Entscheidungen der Wahlorgane unter den in Absatz 2 Satz 3 Nr. 6 und 7 Kontaktdaten unverzüglich zur Kenntnis nehmen können.
- (4) ¹Mit dem Wahlvorschlag ist die eigenhändig unterzeichnete Einverständniserklärung der vorgeschlagenen Person zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag vorzulegen. ²Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend.
- (5) ¹Eine vorgeschlagene Person darf sich nur auf einen Wahlvorschlag für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen; sie hat dies in einer Erklärung durch Unterschrift zu bestätigen. ²Wer mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen genannt wird, ist gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 auf allen Wahlvorschlägen zu streichen.
- (6) ¹Wahlvorschläge für Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 können bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter nur innerhalb der von ihr oder ihm festgesetzten Frist eingereicht werden. ²Diese Frist beträgt bei Wahlen

nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 mindestens drei Wochen.

- (7) ¹Werden in Fällen nach § 6 Abs. 4 Satz 5 Vorgeschlagene von einem Wahlvorschlag gestrichen, weil sie nicht in der jeweiligen Mitgliedergruppe oder dem jeweiligen Wahlkreis wählbar sind, oder wird allein deswegen ein Wahlvorschlag zurückgewiesen, können diese Vorgeschlagenen abweichend von Absatz 6 auf einen neuen Wahlvorschlag aufgenommen werden. ²Dieser muss innerhalb einer Frist von mindestens drei Arbeitstagen nach der Bekanntgabe der Entscheidung nach § 6 Abs. 4 Satz 5 eingereicht werden. ³Wahlvorschläge nach Satz 1 sind nur zulässig, wenn

1. der ursprüngliche Wahlvorschlag vor Ablauf der Frist nach Absatz 6 eingereicht wurde und
2. die Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlages noch so rechtzeitig getroffen werden kann, dass die Bekanntgabe der Wahlvorschläge zu dem in der Wahlausschreibung festgelegten Zeitpunkt möglich ist.

⁴Soweit die Voraussetzungen des § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 vorliegen, führt dies ohne die Möglichkeit einer Mängelbeseitigung zur Zurückweisung des Wahlvorschlages oder zur Streichung der Bewerberin oder des Bewerbers.

§ 10

Prüfung der Wahlvorschläge

- (1) Nach Ablauf der Einreichungsfrist prüft der Wahlausschuss unverzüglich die Wahlvorschläge und entscheidet über deren Gültigkeit und Zulassung.

- (2) ¹Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die
1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
 2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
 3. nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Wahl und Wählergruppe sie gelten sollen,

²In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerberinnen und Bewerber zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über ihre Person bestehen können,
2. deren Zustimmungserklärung fehlt oder nicht rechtzeitig oder unter einer Bedingung eingegangen ist,
3. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind,
4. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben oder
5. die nicht wählbar sind.

(3) ¹Stellt der Wahlausschuss Mängel nach Absatz 2 Satz 2 Nr. 3 bis 5 fest, streicht er die betreffenden Bewerberinnen und Bewerber vom Wahlvorschlag. Stellt er Mängel nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bis 3 oder Satz 2 Nr. 1 bis 2 fest, lässt er den Wahlvorschlag unter der Bedingung zu, dass die Mängel innerhalb einer vom Wahlausschuss festzusetzenden Frist von mindestens drei Arbeitstagen beseitigt werden. ²Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt oder wurde der Wahlvorschlag nach Maßgabe des § 9 Abs. 7 eingereicht, entscheidet der Wahlausschuss entsprechend Absatz 2 Satz 1 und 2. ³Dies gilt auch dann, wenn eine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse gemäß § 9 Abs. 3 Satz 3 nicht mitgeteilt wurde und deswegen eine rechtzeitige Mitteilung der Entscheidung nach Satz 1 oder Mangelbeseitigung nicht möglich ist. ⁴Nicht als Mängel gelten offensichtliche Schreibfehler, die einer zweifelsfreien Identifikation von Personen, sowie Wahl und Gruppe nicht entgegenstehen. ⁵Diese sind von der Wahlleiterin oder vom Wahlleiter zu berichtigen.

(4) Die Entscheidungen des Wahlausschusses nach Absatz 1 bis 3 werden der Vertreterin oder dem Vertreter des Wahlvorschlages sowie der betroffenen Bewerberin oder dem betroffenen Bewerber unverzüglich mitgeteilt.

(5) Soweit die auf einem Wahlvorschlag genannte Person nach der Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlages ihre Wählbarkeit verliert oder verstirbt, ist eine Änderung des Wahlvorschlages ausgeschlossen.

- (6) Bei unmittelbaren Wahlen gibt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter unverzüglich nach deren Zulassung die zugelassenen Wahlvorschläge an der amtlichen Aushangsstelle bekannt.

§ 11

Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen

- (1) ¹Aufgrund der zugelassenen Wahlvorschläge werden von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter bei den unmittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 für jede Untergliederung der Universität und getrennt nach Mitgliedergruppen Stimmzettel hergestellt und Wahlumschläge bereitgestellt, für Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 3 werden Stimmzettel getrennt nach Mitgliedergruppen bereitgestellt. ²Bei der Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und von deren Stellvertretungen erfolgt keine Trennung nach Mitgliedergruppen. ³Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel wird durch eine unter Aufsicht eines Mitgliedes des Wahlausschusses herbeigeführte zufällige Reihung bestimmt. ⁴Auf den Stimmzetteln wird auf die Möglichkeit der Stimmabgabe nach § 12 Abs. 4 hingewiesen.
- (2) ¹Durch die äußere Gestaltung des Stimmzettels ist die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wahlvorgang kenntlich zu machen. ²Der Stimmzettel ist als amtlich zu kennzeichnen.
- (3) Für die Briefwahl sind Briefwahlumschläge (Wahlbriefe) und Wahlscheine gemäß § 13 Abs. 2 bereitzustellen.
- (4) Im Zweifel entscheidet die Wahlleiterin oder der Wahlleiter über die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen im Benehmen mit dem Wahlausschuss.
- (5) Im Falle der Elektronischen Wahl gelten die Absätze 1, 2 und 4 entsprechend.

§ 12

Stimmabgabe bei der Urnenwahl

- (1) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter bestimmt bei unmittelbaren Wahlen, die als Urnenwahl durchgeführt werden, Zahl und Ort der Wahllokale; sie oder er bestellt für jedes Wahllokal einen Wahlvorstand. ²Jeder Wahlvorstand besteht aus mindestens drei Personen, von denen bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 mindestens zwei hauptberuflich an der Universität tätig sein müssen. ³Finden in einem Semester nur studentische Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 statt oder sind einem Wahllokal ausschließlich Studierende oder Promovierende zugeordnet, kann der Wahlvorstand abweichend von Satz 2 nur aus Studierenden oder aus Promovierenden bestehen; diese Promovierenden müssen Mitglieder der Universität sein. ⁴Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter trifft Vorkehrungen, dass der Stimmzettel im Wahllokal unbeobachtet gekennzeichnet werden kann. ⁵Für die Aufnahme der Stimmzettel werden Wahlurnen verwendet, die die Entnahme von Stimmzetteln vor dem Öffnen nicht erlauben. ⁶Der Zugang zu den Wahllokalen ist nur zu Wahlzwecken gestattet.
- (2) ¹Mindestens ein Mitglied des Wahlvorstandes und eine Wahlhelferin oder ein Wahlhelfer müssen ständig im Wahllokal anwesend sein, solange dieses für Stimmabgaben geöffnet ist. ²Der Wahlvorstand überzeugt sich unmittelbar vor Beginn der Stimmabgabe, dass die Wahlurnen leer sind; dann verschließt er sie. ³Jegliche Beeinflussung der Wahlberechtigten im Wahllokal ist unzulässig. ⁴Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter kann im näheren Umkreis von Wahllokalen eine Beeinflussung von Wählerinnen und Wählern sowie den Aufenthalt von nicht wahlberechtigten Personen untersagen, die dort nicht aus dienstlichen Gründen anwesend sein müssen.
- (3) ¹Die Stimmberechtigten erhalten vom Wahlvorstand im Wahllokal nach Prüfung ihrer Eintragung im Wählerverzeichnis die erforderlichen Stimmzettel und falls Wahlberechtigte, die diesem Wahllokal zugeordnet sind, Briefwahl beantragt haben, auch Wahlumschläge. ²Sie haben sich auf Verlangen über ihre Person auszuweisen.
- (4) ¹In jedem Wahlvorgang der unmittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1

bis 3 sowie Nr. 5 kann die Wählerin oder der Wähler bis zu drei Stimmen abgeben.²Die Stimmabgabe erfolgt, indem die Wählerin oder der Wähler durch Ankreuzen innerhalb vorgedruckter Felder auf dem Stimmzettel eindeutig kenntlich macht, welche vorgeschlagene Person sie oder er wählt.³Die Wählerin oder der Wähler kann einer vorgeschlagenen Person bis zu drei Stimmen geben oder drei Stimmen auf mehrere Vorgeschlagene verteilen.⁴Bei den Wahlen gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 sowie Nr. 6 bis 11 kann jede Wählerin und jeder Wähler eine Stimme abgeben.⁵Die Stimmabgabe erfolgt, indem die Wählerin oder der Wähler durch Ankreuzen innerhalb vorgedruckter Felder auf dem Stimmzettel eindeutig kenntlich macht, welche vorgeschlagene Person sie oder er wählt oder für welche Abstimmungsoption sie oder er sich entscheidet.

- (5) ¹Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, versiegelt der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne und bewahrt sie so auf, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln unmöglich ist.²Beim Wiedereröffnen der Wahlhandlung oder bei Entnahme der Stimmzettel zur Stimmzählung überzeugt sich der Wahlvorstand davon, dass der Verschluss unversehrt geblieben ist.
- (6) ¹Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Wahllokal aufhalten.²Nach Stimmabgabe durch die anwesenden Wählerinnen und Wähler werden die den Wahlvorstand betreffenden Wahlbriefe gemäß § 13 behandelt.³Danach erklärt der Wahlvorstand die Abstimmung für geschlossen.⁴Erstreckt sich die Abstimmung über mehrere Tage, so wird an jedem Tag so verfahren, wobei die Wahlbriefe erst am letzten Tage vorliegen müssen.⁵Der Wahlvorstand erklärt am letzten Wahltag die Wahl für beendet.

§ 12a

Stimmabgabe bei der Elektronischen Wahl

- (1) ¹Die Wahlberechtigten erhalten durch das Wahlamt ihre Wahlunterlagen.²Diese bestehen aus dem Wahlschreiben mit Hinweis auf die Zugangsdaten sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der

Nutzung des Wahlportals. ³Der Uni-Login kann von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter als Zugangskriterium bestimmt werden, wenn sichergestellt ist, dass dieser für alle Wahlberechtigten nutzbar ist. ⁴Das Wahlschreiben kann in elektronischer Form ergehen. ⁵Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufrufs eines elektronischen Stimmzettels.

- (2) ¹Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form. ²Die Authentifizierung der Wahlberechtigten erfolgt durch die im Wahlschreiben genannten Zugangsdaten am Wahlportal. ³Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusen- den. ⁴Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicher- zustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. ⁵Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. ⁶Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimm- abgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. ⁷Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die Wählerin oder den Wähler zu er- möglichen. ⁸Die Übermittlung muss für die Wählerin oder den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. ⁹Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.
- (3) ¹Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wählerin oder des Wählers in dem hierzu verwendeten Computer kommen. ²Es muss ge- währleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. ³Auf dem Bildschirm muss der Stimm- zettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet wer- den. ⁴Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimmen nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. ⁵Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zu- fallsprinzip erfolgen. ⁶Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

- (4) Um auch Wahlberechtigten, die keinen dienstlichen oder privaten Zugang zu einem für die Stimmabgabe geeigneten Gerät haben, die Teilnahme an der Elektronischen Wahl zu ermöglichen, stellt die Universität Leipzig eine Liste geeigneter Geräte, die hochschulöffentlich zugänglich sind, zur Verfügung.
- (5) § 12 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 12b

Beginn und Ende der Elektronischen Wahl

Beginn und Beendigung der Elektronischen Wahl werden durch den hierfür zuständigen Wahlvorstand nach § 5 Abs. 10 Satz 5 autorisiert.

§ 12c

Störungen der Elektronischen Wahl

- (1) ¹Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der Universität Leipzig zu vertretenden technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die Wahlleiterin oder der Wahlleiter im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss die Wahlfrist verlängern. ²Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.
- (2) ¹Werden während der Elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen, kann die Wahlleiterin oder der Wahlleiter solche Störungen beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen abubrechen. ²Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer in der Wahl-niederschrift zu vermerken. ³Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet die Wahlleiterin oder der Wahlleiter im Einvernehmen mit dem Wahl-ausschuss über das weitere Verfahren; § 19 Abs. 4 Satz 5 bis 9 gilt entsprechend.
- (3) ¹Absatz 2 gilt sinngemäß für Störungen, die erst nach Ende der Wahlfrist,

aber vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse auftreten oder bekannt werden. ²Im Falle eines Abbruchs der Wahl sind vorliegende Auszählungsergebnisse nicht zu veröffentlichen.

§ 12d

Technische Anforderungen

- (1) ¹Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. ²Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. ³Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- (2) ¹Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wählerverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. ²Das Wählerverzeichnis soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.
- (3) ¹Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. ²Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wählerinnen und Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). ³Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) ¹Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. ²Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung der Wählerin oder des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur Wählerin oder zum Wähler möglich ist.

- (5) ¹Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderung der Wahldaten zu verhindern. ²Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.
- (6) ¹Die Wählerinnen und Wähler sind auf geeignete Sicherungsmaßnahmen hinzuweisen, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird. ²Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch die Wählerin oder den Wähler verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 13

Briefwahl

- (1) ¹Wahlberechtigte, die bei unmittelbaren, als Urnenwahl durchgeführten Wahlen eine Stimmabgabe in der Form der Briefwahl beabsichtigen, beantragen im Wahlamt schriftlich, per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform die Übersendung oder Aushändigung der Wahlunterlagen. ²Diese sind Stimmzettel, Wahlumschläge, Wahlschein und ein Briefwahlumschlag, der die Anschrift der Wahlleiterin oder des Wahlleiters und als Absender den Namen der wahlberechtigten Person sowie die Vermerke "schriftliche Stimmabgabe" und die Bezeichnung des Wahlkreises trägt. ³Der eigenhändig unterzeichnete Antrag muss spätestens am 7. Tag vor der Wahl bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eingehen. ⁴Wird eine Übersendung der Unterlagen beantragt, soll der Antrag bis zum 15. Tag vor Beginn der Wahl bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eingehen. ⁵Das Risiko des rechtzeitigen Zugangs der Briefwahlunterlagen für Anträge nach Ablauf des 15. Tages vor Beginn der Wahl trägt die oder der Wahlberechtigte. ⁶In besonders begründeten Fällen, in denen ein Hinderungsgrund für die Stimmabgabe im Wahllokal erst nach Fristablauf eingetreten ist und durch die Wahlberechtigte oder den Wahlberechtigten nicht zu vertreten ist, kann bis einen Tag vor Beginn der Wahl die Aushändigung von Briefwahlunterlagen beantragt werden. ⁷Der Hinderungsgrund

ist glaubhaft zu machen. ⁸In diesem Falle ist eine Übersendung ausgeschlossen. ⁹In dem Antrag muss die Adresse, an die die Wahlunterlagen gesendet werden sollen, oder der Vermerk „Selbstabholung“, bei Studierenden auch die Matrikelnummer angegeben werden. ¹⁰Sammelanträge mit beigefügten Unterschriftenlisten der Wählerinnen und Wähler sind zulässig. ¹¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter lässt der Wählerin oder dem Wähler unverzüglich nach Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge die Wahlunterlagen zugehen, nachdem durch das Wahlamt die Wahlberechtigung geprüft und die Übersendung im Wählerverzeichnis vermerkt wurde. ¹²Wahlberechtigte, bei denen im Wählerverzeichnis die Abgabe der Briefwahlunterlagen vermerkt ist, können ihre Stimme nur durch Briefwahl abgeben.

- (2) ¹Die Briefwählerinnen und Briefwähler müssen der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter in einem verschlossenen Briefumschlag (Wahlbrief) den Wahlschein und die in den Wahlumschlag eingeschlossenen Stimmzettel so rechtzeitig übersenden, dass der Wahlbrief der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter am Tag vor dem letzten für die Stimmabgabe vorgesehenen Tag zugeht. ²Der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter nach diesem Zeitpunkt zugehende Wahlbriefe gelten nicht als Stimmabgabe. ³Die Stimmabgabe erfolgt bei der Briefwahl gemäß Absatz 4.
- (3) Die Briefwählerin oder der Briefwähler bestätigt auf dem Wahlschein durch Unterschrift, dass sie oder er den beigefügten Stimmzettel persönlich, die Vertrauensperson gemäß § 3 Abs. 6, dass sie ihn gemäß dem erklärten Willen der Briefwählerin oder des Briefwählers, gekennzeichnet hat.
- (4) ¹Die eingegangenen Wahlbriefe werden unter Verschluss ungeöffnet aufbewahrt. ²Sie werden spätestens am letzten Wahltag den betreffenden Wahlvorständen übergeben. ³Spätestens nach Abschluss der Stimmabgabe werden den rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefen die Wahlumschläge entnommen und die gemäß Absatz 5 gültigen Wahlumschläge nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis in die Wahlurne gelegt.

(5) ¹Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht rechtzeitig im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet oder wenn er mit einem anderen Kennzeichen versehen ist oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
4. dem Wahlumschlag kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist,
5. der oder die Stimmzettel sich nicht in einem Wahlumschlag befinden.

²In diesen Fällen liegt eine Stimmabgabe nicht vor. ³Die zurückgewiesenen Wahlbriefe werden einschließlich ihres Inhaltes ausgesondert und im Falle von Nr. 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlages verpackt als Anlage der Wahlniederschrift beigelegt.

§ 14

Auszählung

- (1) ¹Unmittelbar nach Beendigung der Stimmabgabe (§ 12 Abs. 6) wird die Auszählung der abgegebenen Stimmen vorgenommen. ²Sie soll bei unmittelbaren Wahlen spätestens am zweiten Arbeitstag nach Beendigung der Stimmabgabe abgeschlossen werden. ³Findet die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses in einem Wahllokal aus besonderen Gründen mit Zustimmung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters nicht unmittelbar nach Schluss der Abstimmung statt, so gibt der Wahlvorstand mündlich bekannt, auf welchen Zeitpunkt und an welchen Ort sie verlegt wird. ⁴In diesem Fall wird die Wahlurne vom Wahlvorstand versiegelt und sorgfältig aufbewahrt. ⁵In der gleichen Weise werden die Stimmzettel und Wahlumschläge sowie die übrigen Unterlagen bei jeder Unterbrechung der Stimmenzählung für die Dauer der Abwesenheit des Wahlvorstandes verwahrt. ⁶Die Bildung von Zählgruppen, die aus mindestens zwei Wahlhelferinnen oder Wahlhelfern bestehen müssen, ist zulässig.

- (2) ¹Nach Öffnung der Wahlurnen werden die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit überprüft. ²Ein abgegebener Stimmzettel ist ungültig,
1. wenn keine vorgeschlagene Person oder keine der vorgesehenen Abstimmungsoptionen gekennzeichnet (angekreuzt) wurde,
 2. wenn er nicht als amtlich erkennbar ist,
 3. wenn der Stimmzettel einen Zusatz, der nicht der Kennzeichnung gemäß Nr. 1 dient, oder einen Vorbehalt enthält,
 4. wenn mehr als die bei der betreffenden Wahl zulässigen Stimmen abgegeben worden sind,
 5. wenn auf dem Stimmzettel der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist.
- (3) Bei Zweifeln über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmabgabe entscheidet der Wahlausschuss.
- (4) Die auf jeden einzelnen Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt.

§ 15

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter stellt bei unmittelbaren Wahlen nach Auszählung der Stimmen durch die Wahlvorstände und Übergabe der Wahlniederschriften der Wahlvorstände gemäß § 16 Abs. 3 für jede Wahl und Gruppe
1. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel,
 2. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
 3. die Zahl der gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen sind,
 4. die Gewählten und
 5. die Reihenfolge der Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter nach Maßgabe von § 2 Abs. 7 und Abs. 8 fest.
- ²Ziffer 5 gilt nicht für die Wahl zum Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät.

- (2) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter gibt das festgestellte Wahlergebnis durch Aushang an der amtlichen Aushangstelle als vorläufiges Wahlergebnis bekannt. Nach Ablauf der Frist nach § 19 Abs. 1 Satz 1 oder nach Entscheidung des Wahlausschusses gemäß § 19 Abs. 4 Satz 1 gibt sie oder er das endgültige Wahlergebnis bekannt. ²Sie oder er hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten seit der Feststellung des Wahlergebnisses wesentliche Unrichtigkeiten bekannt werden.

§ 15a

Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei der Elektronischen Wahl

- (1) Wird die Wahl als Elektronische Wahl durchgeführt, erfolgt die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses in entsprechender Anwendung der §§ 14 und 15 mit den folgenden Maßgaben.
- (2) ¹Für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl ist die Autorisierung durch den Wahlvorstand nach § 5 Abs. 10 Satz 5 notwendig. ²Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter veranlasst unmittelbar nach Beendigung der Elektronischen Wahl die computerbasierte hochschulöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, der als Anlage zur Wahlniederschrift zu nehmen ist. ³Alle Datensätze der Elektronischen Wahl sind in geeigneter Weise zu speichern.

§ 16

Wahlniederschriften, Aufbewahrung von Wahlunterlagen

- (1) ¹Über die Verhandlungen des Wahlausschusses und seine Beschlüsse werden Niederschriften gefertigt. ²Die Niederschriften des Wahlausschusses werden von der oder dem Vorsitzenden des Wahlausschusses oder von der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Sitzung unterzeichnet.

- (2) ¹Über die Wahlhandlungen und die Tätigkeit der Wahlvorstände bei allen Wahlen werden Niederschriften gefertigt. ²Die Wahlniederschriften sollen den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen, das Wahlergebnis festhalten und besondere Vorkommnisse vermerken. ³Die Niederschriften der Wahlvorstände werden von den Mitgliedern des jeweiligen Wahlvorstandes unterzeichnet.

⁴Die Niederschriften der Wahlvorstände enthalten in jedem Fall

1. die Bezeichnung und Zuständigkeit des Wahlvorstandes,
 2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder und der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer,
 3. Tag, Beginn und Ende der Abstimmung,
 4. die Zahl der Wahlberechtigten, bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 die Zahl der für jede Wahl in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wählerinnen und Wähler, ggf. getrennt nach Gruppen,
 5. die zur Feststellung des Wahlergebnisses notwendigen Zahlen,
 6. bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 Angaben zu Briefwählerinnen und Briefwählern,
 7. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlvorstandes.
- (3) Der Wahlvorstand übergibt nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter
1. die Niederschrift,
 2. die Zähllisten, die bei der Auszählung angefallen sind,
 3. die Stimmzettel, Wahlumschläge und angefallene Wahlbriefumschläge,
 4. bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 die Wählerverzeichnisse und
 5. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke.
- (4) ¹Die Wahlniederschriften, Wählerverzeichnisse und Stimmzettel werden nach der Bekanntgabe der endgültigen Wahlergebnisse sechs Monate im Wahlamt aufbewahrt. ²Im Falle einer gerichtlichen Überprüfung von Wahlverfahren sind die in Satz 1 genannten Unterlagen bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aufzubewahren.

§ 17

Annahme der Wahl; Mitwirkung der Gewählten

- (1) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter verständigt die Gewählten bei unmittelbaren Wahlen unverzüglich schriftlich oder auf elektronischem Wege von ihrer Wahl. ²Die Wahl gilt als angenommen, wenn nicht spätestens am achten Tag nach Zugang der Benachrichtigung der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eine Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund vorliegt.
- (2) ¹In den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 geben die Gewählten im Anschluss an die Wahl gegenüber dem Sitzungsvorstand mündlich eine Erklärung zur Annahme der Wahl ab.
- (3) ¹Die Ablehnung einer Wahl in Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 und die Niederlegung einer Funktion in der Selbstverwaltung sind schriftlich oder auf elektronischem Wege gegenüber dem Wahlleiter zu erklären und zu begründen. ²Ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung oder Niederlegung vorliegt, entscheidet die Wahlleiterin oder der Wahlleiter.
- (4) Ändert sich die mitgliedschaftsrechtliche Stellung der Gewählten, insbesondere ihre Mitgliedschaft in der Universität, einer Fakultät, einer Mitgliedergruppe oder der Promovierendenschaft, informieren diese in eigener Verantwortung die Wahlleiterin oder den Wahlleiter.

§ 18

Nachrückverfahren; Ergänzungswahlen

- (1) ¹Wird bei unmittelbaren Wahlen die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen oder scheidet diese vor Amtszeitende aus, rückt die nächstplatzierte Person in der Liste der Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter gemäß § 2 Abs. 7 und 8 nach. ²Im Falle der Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 wird für die verbleibende Amtszeit der ausgeschiedenen Person nachgerückt, begrenzt durch die ursprüngliche Amtszeit der nachrückenden Person. ³Für den Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät wird die nachrückende Person durch die Wahlleiterin oder den

Wahlleiter nach § 2 Abs. 7 und 8 festgestellt; § 106 Abs. 1 SächsHSG muss erfüllt sein.

- (2) ¹Sind Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter nicht vorhanden, findet in den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 eine Ergänzungswahl nach Maßgabe von Absatz 3 und Absatz 4 statt, die auf die betroffenen Gruppen und den entsprechenden Wahlkreis zu beschränken ist. ²Gewählt wird nur für die verbleibende Restdauer der Wahlperiode nach § 8. ³Bei der Ergänzungswahl finden die Vorschriften dieser Wahlordnung entsprechende Anwendung. ⁴Dabei kann der Wahlausschuss durch Beschluss von dieser Wahlordnung abweichende Regelungen über Verfahrensfristen und die Zeit der Stimmabgabe vorsehen.
- (3) In der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SächsHSG) findet eine Ergänzungswahl statt, wenn anderenfalls die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht mehr über die Mehrheit der Stimmberechtigten im jeweiligen Gremium verfügt.
- (4) ¹In den Gruppen der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SächsHSG) und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Technik (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SächsHSG) findet eine Ergänzungswahl einmal jährlich während der Vorlesungszeit des Sommersemesters statt, soweit in dem betreffenden Sommersemester keine turnusmäßige Wahl nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 durchgeführt wird. ²In der Ergänzungswahl gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen nach § 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und 4 werden gemäß § 17 Abs. 1 Mitglied des Gremiums, wenn die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer danach über die Mehrheit der Stimmberechtigten im Gremium verfügt. ³Anderenfalls beginnt ihre Mitgliedschaft im Gremium erst im Anschluss an eine Ergänzungswahl nach Absatz 3, die gewährleistet, dass die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch unter Einbeziehung der nach diesem Absatz gewählten Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter über die Mehrheit der Stimmberechtigten im Gremium verfügt.

- (5) ¹Scheidet die oder der Gleichstellungsbeauftragte einer Fakultät oder des Zentralen Bereichs vor Ende der Amtszeit aus und ist ein Nachrückverfahren nach Absatz 1 nicht möglich, findet eine Neuwahl statt. Ist keine Stellvertretung vorhanden, findet eine Neuwahl zusammen mit den turnusmäßigen Wahlen im Sommersemester statt.

§ 19

Wahlprüfung

- (1) ¹Wahlberechtigte können nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl in den Fällen der Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 in ihrer Gruppe und in ihrer Untergliederung und in den Fällen der Wahlen § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 insgesamt innerhalb von sieben Tagen unter Angabe von Gründen anfechten. ²Die Anfechtung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter. ³Die Erklärung kann auch per Fax, per E-Mail oder durch eine andere dokumentierbare elektronische Übermittlungsform eingereicht werden; in jedem Fall bedarf sie der eigenhändigen Unterschrift der anfechtenden Person.
- (2) Die Anfechtung ist begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einer fehlerhaften Sitzverteilung geführt hat oder hätte führen können.
- (3) Eine Anfechtung der Wahl mit der Begründung, dass eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter an der Ausübung ihres oder seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie oder er nicht oder nicht richtig in das Wählerverzeichnis eingetragen worden sei oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt gewesen sei, ist nicht zulässig.
- (4) ¹Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss unter stimmberechtigter Mitwirkung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters mit der Mehrheit seiner Mitglieder. ²Der mit einer Begründung versehene Beschluss ist durch die Wahlleiterin oder den Wahlleiter der antragstellenden Person und den unmittelbar betroffenen Personen zuzustellen. ³Ist die Anfechtung begründet, hat der Wahlausschuss entweder das

Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen oder die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen. ⁴Wirkt sich ein Verstoß über die Sitzverteilung nur in einer Gruppe oder Untergliederung aus, ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen. ⁵Die Wiederholung der Wahl ist unverzüglich durchzuführen. ⁶Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren wird bei der Wiederholungswahl nach denselben Vorschlägen und, wenn die Wiederholungswahl noch im selben Semester stattfindet, auf Grund desselben Wählerverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl. ⁷Kann die Wiederholungswahl erst im folgenden Semester durchgeführt werden, findet sie für den verbleibenden Zeitraum der Wahlperiode nach § 8 Abs. 2 statt; das Wählerverzeichnis ist nach Maßgabe des § 6 neu zu erstellen. ⁸Der Wahlausschuss kann für die Wiederholungswahl von dieser Wahlordnung abweichende Regelungen über Verfahrensfristen treffen. ⁹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe oder die Wahlfrist fest. ¹⁰Sie oder er kann festlegen, dass die Wahl auf andere Weise durchgeführt wird als dies nach § 2 Abs. 12 für die für ungültig erklärte Wahl bestimmt war.

§ 19a

Absage der Wahl; Nachwahl

¹Wird während der Vorbereitung der Wahl ein offenkundiger, vor der Wahl nicht mehr behebbarer Mangel festgestellt, aufgrund dessen die Wahl im Falle ihrer Durchführung im Wahlprüfungsverfahren für ungültig erklärt werden müsste, oder kann die Wahl aufgrund höherer Gewalt oder aus sonstigem Grund nicht durchgeführt werden, sagt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter die Wahl ab. ²Kann die Wahl nur in einer Gruppe oder Untergliederung nicht durchgeführt werden, ist die Wahl nur insoweit abzusagen. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter ordnet im Falle des Satzes 1 eine Nachwahl an. § 19 Abs. 4 Satz 6 bis 10 gilt entsprechend.

Zweiter Teil: Unmittelbare Wahlen

§ 20 Wählerverzeichnis

(1) ¹Das Wählerverzeichnis für die unmittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 gliedert sich in der Regel in die wahlberechtigten Mitgliedergruppen, die nach Fakultäten und Zentralem Bereich untergliedert sind (Wahlkreise). ²Das Wählerverzeichnis enthält folgende Angaben:

1. Wahlkreis (Fakultät und Institut oder Zentraler Bereich und Struktureinheit)
2. Mitgliedergruppe (Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Technik)
3. laufende Nummer
4. Familienname
5. Vorname
6. das Geburtsdatum
7. Matrikelnummer (nur bei Studierenden)
8. Raum für Erklärungen zur Gruppen- und Wahlkreiszugehörigkeit
9. dienstliche oder studentische E-Mail-Adresse
10. nur im Falle einer Elektronischen Wahl: Uni-Login, soweit vorhanden
11. nur im Falle einer Elektronischen Wahl: Personalnummer und Seriennummer der Uni-Card, soweit vorhanden
12. nur im Falle einer Urnenwahl: Raum für Vermerk: Ausgabe der Briefwahlunterlagen
13. nur im Falle einer Urnenwahl: Raum für Vermerk: Stimmabgabe
14. Bemerkungen

³Das Wählerverzeichnis der Studierenden kann in Fachschaften untergliedert werden. ⁴Dabei werden Studierende, die aus der verfassten Studentenschaft ausgetreten sind, im Wählerverzeichnis der Fachschaft zugeordnet, die ihrem Studiengang entspricht.

- (2) ¹Das Wählerverzeichnis für die unmittelbaren Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 gliedert sich nach Fakultäten (Wahlkreise). ²Das Wählerverzeichnis enthält folgende Angaben:
1. Wahlkreis (Fakultät)
 2. laufende Nummer
 3. Familienname
 4. Vorname
 5. das Geburtsdatum
 6. dienstliche oder studentische E-Mail-Adresse
 7. nur im Falle einer Elektronischen Wahl: Uni-Login, soweit vorhanden
 8. nur im Falle einer Elektronischen Wahl: Personalnummer und Seriennummer der Uni-Card, soweit vorhanden
 9. nur im Falle einer Urnenwahl: Raum für Vermerk: Ausgabe der Briefwahlunterlagen
 10. nur im Falle einer Urnenwahl: Raum für Vermerk: Stimmabgabe
 11. Bemerkungen
- (3) Soweit ein Wählerverzeichnis für die Auslegung nach § 6 Abs. 3 oder zum Zweck der Stimmabgabe bei der Urnenwahl verwendet wird, sind darin keine E-Mail-Adressen, Uni-Logins, Personalnummern, Seriennummern und Geburtsdaten enthalten.

§ 21

Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe

- (1) ¹Die Wahlen finden in der Vorlesungszeit statt.
- (2) Termine für Wahlen unter Beteiligung der Mitgliedergruppe der Studierenden sollen zeitgleich mit den jährlichen Wahlen der Studierendenschaft stattfinden; die Termine werden im Benehmen mit den Wahlorganen der Studierendenschaft festgelegt.
- (3) ¹Der Zeitraum der möglichen Stimmabgabe ist auf einen einzelnen Tag oder mehrere zusammenhängende Tage festzulegen. ²Im Falle einer Elektronischen Wahl werden Beginn und Ende der Wahlfrist (erster und letzter Zeitpunkt einer möglichen Stimmabgabe) mit Angabe einer

Uhrzeit festgelegt; die Wahlzeit soll sich in diesem Fall über mindestens 6 und höchstens 12 Kalendertage erstrecken.

§ 21a

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrates

- (1) Die Zahl der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen in den Fakultätsräten bestimmt sich nach der Grundordnung.
- (2) Vorschlagsberechtigt für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Fakultätsrat sind die Mitglieder der jeweiligen Gruppe in der jeweiligen Fakultät.
- (3) Aktives und passives Wahlrecht haben alle Mitglieder der Fakultät.

§ 22

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Senates

- (1) Die Zahl der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat bestimmt sich nach der Grundordnung.
- (2) Vorschlagsberechtigt für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat sind die Mitglieder der jeweiligen Gruppe.
- (3) Aktives und passives Wahlrecht haben alle Mitglieder der Universität.

§ 23

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Erweiterten Senates

- (1) Die Zahl der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Erweiterten Senat gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3 bestimmt sich nach der Grundordnung.

- (2) Vorschlagsberechtigt für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Erweiterten Senat sind die Mitglieder der jeweiligen Gruppe.
- (3) Aktives und passives Wahlrecht haben alle Mitglieder der Universität.
- (4) ¹Eine gleichzeitige Kandidatur für den Senat und den Erweiterten Senat ist zulässig. ²Bei Doppelkandidaturen ist die Bewerbung für den Senat vorrangig. ³Zunächst ist das Wahlergebnis für den Senat festzustellen. ⁴Ist eine Bewerberin oder ein Bewerber in den Senat gewählt worden, werden die bei der Wahl des Erweiterten Senats auf sie oder ihn entfallenen Stimmen bei der Zuteilung der Sitze berücksichtigt, aber die Bewerberin oder der Bewerber erhält auf Grund des Wahlergebnisses zum Erweiterten Senat keinen Sitz.
- (5) Die Stimmabgabe erfolgt auf einem gesonderten Stimmzettel.

§ 24

Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretungen an den Fakultäten und für den Zentralen Bereich

- (1) ¹An jeder Fakultät werden eine Gleichstellungsbeauftragte oder ein Gleichstellungsbeauftragter und mindestens eine Stellvertretung von den Mitgliedern der Fakultät gewählt. ²Für den zentralen Bereich werden eine Gleichstellungsbeauftragte oder ein Gleichstellungsbeauftragter und mindestens eine Stellvertretung von den Wahlberechtigten im Zentralen Bereich gewählt.
- (2) Jede Wählerin und jeder Wähler kann eine Stimme abgeben.
- (3) ¹Wählbar sind Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedergruppen. ²Wiederwahl ist möglich.
- (4) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat, auf die oder den die meisten Stimmen entfallen sind, ist Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter. ²Die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten sind

entsprechend ihrer Rangfolge ihre oder seine Stellvertretungen. ³Satz 2 gilt nicht, wenn die Amtszeit einer oder eines bereits früher gewählten stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten noch andauert.

- (5) ¹Eine gleichzeitige Kandidatur als Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter oder Stellvertretung und als Gruppenvertretung im Fakultätsrat ist zulässig. ²Bei Doppelkandidaturen ist die Bewerbung als Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter vorrangig. ³Zunächst ist das Wahlergebnis für das Amt der oder des Gleichstellungsbeauftragten festzustellen. ⁴Ist eine Bewerberin oder ein Bewerber als Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter gewählt worden, werden die bei der Wahl des Fakultätsrates auf sie oder ihn entfallenen Stimmen bei der Zuteilung der Sitze berücksichtigt, aber die Bewerberin oder der Bewerber erhält keinen Sitz im Fakultätsrat. ⁵Satz 1 bis 4 gilt entsprechend für die Stellvertretung der oder des Gleichstellungsbeauftragten.

§ 25

Wahl der Mitglieder des PromovierendenRates

- (1) Die Zahl der Mitglieder des PromovierendenRates bestimmt sich nach der Grundordnung und der Geschäftsordnung des PromovierendenRates.
- (2) Aktives und passives Wahlrecht haben alle Mitglieder der Promovierendenschaft.

Dritter Teil: Mittelbare Wahlen

§ 26 Wahlvorstände

¹Für die Wahl nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 wird von der Sitzungsleitung des Fakultätsrates ein Wahlvorstand bestellt, der aus mindestens drei Personen besteht.

²Für die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 bis 9 bestellt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter Wahlvorstände, die aus mindestens drei Personen bestehen.

§ 27 Wahltermine

Gewählt werden

1. die Dekaninnen und Dekane, Prodekaninnen und Prodekane und Studiendekaninnen und Studiendekane in der Regel unverzüglich nach Beginn des auf die Wahlen der Fakultätsräte folgenden Semesters; soweit die Amtsperiode einer bisherigen Amtsinhaberin oder eines Amtsinhabers erst zu einem späteren Zeitpunkt endet, vor Ende der Amtsperiode;
2. die Rektorin oder der Rektor und die Prorektorinnen und Prorektoren vor Ende der Amtsperiode.

§ 28 Wahlbekanntmachung

¹Die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 werden nicht ausgeschrieben. ²Sie sind rechtzeitig in geeigneter Weise bekannt zu machen.

§ 29 Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen

- (1) Die Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 werden von der Sitzungsleitung des Fakultätsrates und dem dort benannten Wahlvorstand vorbereitet, denen

auch die Gestaltung der Wahlunterlagen obliegt.

- (2) Die Vorbereitung der Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 bis 11, eingeschlossen die Gestaltung der Wahlunterlagen, obliegt der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter.

§ 30

Wahl der Dekaninnen und Dekane, Prodekaninnen und Prodekane, des weiteren Mitgliedes des Dekanates und der Studiendekaninnen und Studiendekane

- (1) ¹Die Wahl der Dekanin oder des Dekans erfolgt nach Maßgabe des § 94 Abs. 2 SächsHSG und den Bestimmungen der Grundordnung. ²Die Wahl der Prodekanin oder des Prodekans erfolgt nach § 95 Abs. 2 SächsHSG, die Bestellung des weiteren Mitgliedes des Dekanates nach § 105 Abs. 1 Satz 3 SächsHSG und die Wahl der Studiendekaninnen und Studiendekane nach § 96 Abs. 1 SächsHSG.
- (2) Zur Dekanin oder zum Dekan, zur Prodekanin oder zum Prodekan und zum weiteren Mitglied des Dekanates gemäß § 105 Abs. 1 Satz 3 SächsHSG gewählt ist die vorgeschlagene Person, die die Mehrheit der Stimmen der Anwesenden im Fakultätsrat auf sich vereinigt.
- (3) Zur Studiendekanin oder zum Studiendekan gewählt ist, wer die Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrates erhält.
- (4) ¹Die Amtszeiten von Prodekaninnen und Prodekanen, Studiendekaninnen und Studiendekanen und dem weiteren Mitglied des Dekanates enden mit der Amtszeit der Dekanin oder des Dekans. ²Wiederwahl ist möglich.

§ 31

Wahl der Rektorin oder des Rektors und der Prorektorinnen und Prorektoren

- (1) Die Wahl der Rektorin oder des Rektors erfolgt nach § 87 Abs. 9 bis 11 SächsHSG; die Wahl der Prorektorinnen und Prorektoren nach § 89 Abs. 1 bis 3 SächsHSG.
- (2) Das Vorschlagsrecht für die Wahl der Prorektorinnen und Prorektoren hat die designierte Rektorin bzw. der designierte Rektor.
- (3) Die Prorektorinnen und Prorektoren werden einzeln vom Senat mit der Mehrheit der Stimmen der stimmberechtigten Anwesenden gewählt.

§ 32

Wahl der oder des Gleichstellungsbeauftragten der Universität und der Stellvertretungen

- (1) ¹Die Wahl der oder des Gleichstellungsbeauftragten Universität und ihrer oder seiner Stellvertretungen wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter rechtzeitig vor dem Ende der Amtszeit hochschulöffentlich bekanntgemacht. ²Zugleich setzt sie oder er eine Frist, innerhalb derer Mitglieder der Universität ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklären können.
- (2) ¹Die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Universität und mindestens eine Stellvertretung werden von den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und des Zentralen Bereiches (Gleichstellungsrat) in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Kandidiert mehr als eine Person für die Stellvertreterfunktionen, werden diese in getrennten Wahlgängen besetzt. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter lädt die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und des Zentralen Bereiches (Gleichstellungsrat) zu einer Sitzung ein, in der die Wahl stattfindet.
- (3) ¹Wählbar sind Mitglieder der Universität. ²Wiederwahl ist möglich.

- (4) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat, auf die oder den die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Gleichstellungsbeauftragten entfällt, ist zur Gleichstellungsbeauftragten bzw. zum Gleichstellungsbeauftragten der Universität gewählt. ²Kommt eine Wahl nicht zustande und gibt es mehr als eine Kandidatin oder einen Kandidaten, findet zwischen den Kandidierenden mit den meisten Stimmen ein weiterer Wahlgang statt. ³Ist auch in diesem Wahlgang niemand gewählt, findet ein dritter Wahlgang statt. ⁴In diesem ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. ⁵Satz 1 bis 4 gelten für die Wahl der Stellvertretungen entsprechend. ⁶Ist auch im dritten Wahlgang niemand gewählt, wird die Wahl von der zur oder zum Gleichstellungsbeauftragten der Universität gewählten Person rechts-wirksam abgelehnt oder scheidet diese vor Amtszeitende aus, ist die Wahl gemäß Absatz 1 neu bekanntzumachen. ⁷Bis zum Amtsantritt der oder des neu zu wählenden Gleichstellungsbeauftragten werden die Amtsgeschäfte von der rangnächsten Stellvertretung wahrgenommen, soweit die oder der bisherige Gleichstellungsbeauftragte nicht mehr im Amt ist.

§ 33

Wahl der Beauftragten der Universität und ihrer Stellvertretungen

- (1) Die Beauftragten der Universität und ihre Stellvertretungen werden vom Senat nach Vorschlägen der Mitgliedergruppen des Senats, des Rektorats, der Fakultätsräte, des Student*innenRats und des Promovierenden-Rats in getrennten Wahlgängen gewählt und bestellt.
- (2) ¹Wählbar sind Mitglieder der Universität. ²Wiederwahl ist möglich.
- (3) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat, auf die oder den die Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Senatsmitglieder entfällt, ist zur oder zum Beauftragten gewählt. ²Kommt eine Wahl nicht zustande und gibt es mehr als eine kandidierende Person, findet zwischen den Kandidierenden mit den meisten Stimmen ein weiterer Wahlgang statt. ³Ist auch in diesem Wahlgang niemand gewählt, findet ein dritter Wahlgang statt. ⁴Kommt eine Wahl auch im dritten Wahlgang nicht zustande, werden die nach Absatz 1 Satz 1 Vorschlagsberechtigten

aufgefordert, neue Wahlvorschläge zu unterbreiten. ⁵Satz 1 bis 4 gelten für die Wahl der Stellvertretung entsprechend. ⁶Wird die Wahl von der zur oder dem zum Beauftragten gewählten Person rechtswirksam abgelehnt oder scheidet diese vor Amtszeitende aus, findet eine Neuwahl statt. ⁷Bis zum Amtsantritt der oder des neu zu wählenden Beauftragten werden die Amtsgeschäfte von der Stellvertretung wahrgenommen.

- (4) Beauftragte und ihre Stellvertretungen können auf Antrag einer Mitgliedergruppe des Senats von diesem mit der Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden stimmberechtigten Mitglieder abgewählt werden.

§ 34

Wahl der oder des Beauftragten für studentische Angelegenheiten

- (1) Die oder der Beauftragte für studentische Angelegenheiten wird vom Senat nach Vorschlägen des Student*innenRats im Benehmen mit der Rektorin oder dem Rektor gewählt.
- (2) ¹Wählbar sind Studierende der Universität. ²Eine unmittelbare Wiederwahl ist ausgeschlossen.
- (3) § 33 Abs. 3 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend.
- (4) Die oder der Beauftragte für studentische Angelegenheiten kann auf Antrag des Student*innenRates durch den Senat mit der Mehrheit seiner anwesenden stimmberechtigten Mitglieder abgewählt werden.

§ 35

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Die Wahlvorstände ermitteln für jede Wahl und ggf. Gruppe
 - 1. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel,
 - 2. die Zahl der ungültigen Stimmzettel sowie
 - 3. die Zahl der gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen sind.

4. Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 9 stellen sie die Gewählten fest.
- (2) Die Leiterin oder der Leiter der Sitzung gibt bei Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 9 das vom Wahlvorstand festgestellte vorläufige Wahlergebnis unmittelbar nach dessen Feststellung bekannt.
- (3) ¹Wird die Wahl als Elektronische Wahl durchgeführt, erfolgt die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses in entsprechender Anwendung der Absätze 1 und 2 mit den folgenden Maßgaben. ²Für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl ist die Autorisierung durch den Wahlvorstand notwendig. ³Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter, bei Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 die Leiterin oder der Leiter der Sitzung, veranlasst unmittelbar nach Beendigung der Elektronischen Wahl die computerbasierte hochschul- oder gremienöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, der als Anlage zur Wahlniederschrift zu nehmen ist. ⁴Alle Datensätze der Elektronischen Wahl sind in geeigneter Weise zu speichern.

§ 36

Nachrückverfahren

Bei den Wahlen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 bis 11 findet kein Nachrückverfahren statt.

Vierter Teil: Schlussbestimmungen

§ 37 Fristen

- (1) Soweit für das Stellen von Anträgen oder das Einreichen von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist und diese Ordnung nichts anderes festlegt, läuft die Frist am letzten Tag um 24:00 Uhr (Tagesende) ab.
- (2) Die Fristen nach § 6 Abs. 4 Satz 1, § 9 Abs. 6 und 7 Satz 2, § 10 Abs. 3 Satz 1, § 13 Abs. 1 Satz 3 und 6 und Abs. 2 Satz 1, § 17 Abs. 1 Satz 2 und § 19 Abs. 1 Satz 1 und § 32 Abs. 1 Satz 2 sind Ausschlussfristen.
- (3) Arbeitstage sind alle Tage mit Ausnahme von Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen.

§ 38 Inkrafttreten und Veröffentlichung

- (1) ¹Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Wahlordnung der Universität Leipzig vom 29. Januar 2021 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 5, S. 1 bis 40) in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 20. Januar 2022 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 3, S. 1 bis 6) außer Kraft.
- (2) Diese Wahlordnung wurde vom Rektorat am 30. Januar 2025 beschlossen; der Senat hat am 21. Januar 2025 sein Einvernehmen hergestellt.

Leipzig, den 3. Februar 2025

Professor Dr. Eva Inés Obergfell
Rektorin